

DAS SOZIALE ALS STRATEGISCHE AUFGABE DER KOMMUNALPOLITIK

Impulse für eine kommunale Sozialpolitik in Pforzheim

0

Präambel

Grundlage ist das Thesenpapier „Gerechte Sozialpolitik für Pforzheim“ vom Juni 2008, das von dem Caritasverband e.V. Pforzheim und dem Diakonischen Werk Pforzheim-Stadt verabschiedet worden ist.

Caritas und Diakonie in Pforzheim sprechen sich gleichermaßen dafür aus, endlich die Realitäten in unserer Stadt zu akzeptieren: Die „Goldstadt“ droht weiter zu verelenden, wenn es nicht endlich gelingt, die sozialen Rahmenbedingungen für weite Teile unserer Bevölkerung zu verbessern – wir müssen mehr in Bildung von Anfang an investieren, Kinder, Jugendliche und Familien als unser wertvollstes Kapital mehr denn je unterstützen, ferner entschieden für Menschen mit Behinderung und im Alter wirkungsvoll Partei ergreifen, weil diese Personengruppen besonders auf unsere Solidarität angewiesen sind.

1

Das Soziale als strategische Aufgabe

Armut, Arbeitslosigkeit, neue Familienstrukturen oder Wohnungsnot: Kommunale Sozialpolitik ist mehr denn je gefragt.

Sozialpolitik, Sozialverwaltung und die Wohlfahrtsverbände in unserer Kommune müssen flexibel auf gesellschaftliche Herausforderungen (re)agieren.

Das Nebeneinander von verschiedenen Behörden muss aufhören. Ohne kompetente Sozialplanung ist die Zusammenführung der sozialen Handlungsfelder nicht möglich.

Wir benötigen ein Programm für die kommunale Sozialpolitik – und wir brauchen eindeutige Prioritäten und die Herstellung von Bürgernähe!

2

Strategiebüro anstatt zusätzliche Kontrollmaßnahmen

Zur Abstimmung und Erarbeitung eines Programms für die kommunale Sozialpolitik benötigen wir ein Strategiebüro, das beim zuständigen Dezernenten einzurichten ist.

Damit soll keine neue Organisationsform geschaffen werden, sondern eine sinnvolle strategische Planung und Steuerung ermöglicht werden.

Die Beratung und Konzepterstellung, die Programmentwicklung und Initiierung von effektiven wie effizienten Maßnahmen soll hier geschehen.

Mitglieder des Strategiebüros können sein:

- Sozialdezernent
- Sozialplaner
- Amtsleiter des Jugend- und Sozialamts
- Amtsleiter des Amtes für Kindertagesstätten, Schulen und Sport
- Leiterin des Gesundheitsamtes
- Leiterin der Kämmerei
- Vertreter der Wohlfahrtsverbände

Dieser Kreis kann erweitert werden um folgende Personen:

- Leiter der Arbeitsagentur
- Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer
- Geschäftsführer der Handwerkskammer
- Vertreter der Kirchen.

Hauptziel ist die Erarbeitung einer kommunalen Sozialpolitik aus einem Guss.

3

Konzept für die kommunale Sozialpolitik

In einem ersten Schritt muss es darum gehen, die Zielgruppen festzulegen. Aus der Bürgerschaft gilt es die Gruppen von Menschen mit gleichartigem Bedarf an sozialer Unterstützung herauszuarbeiten. Ist dies geschehen, kann schließlich geprüft werden, ob die sozialen Leistungen in unserer Kommune so eingesetzt werden, dass sie dort ankommen, wo sie auch wirklich gebraucht werden. Schließlich lassen sich so sinnvolle Präventionsstrategien entwickeln.

Parallelmaßstrukturen sind zu vermeiden. Projekte sollen nur noch dann bewilligt werden, wenn auch eine Anschlussfinanzierung möglich ist.

Der Gefahr der kommunalen Verfilzung muss wirkungsvoll entgegen gewirkt werden.

4

Stadtentwicklungspolitische Ziele

Wir streben eine echte *Solidarische Stadtgesellschaft* an. Dabei kommt dem Leitbild einer von sozialer Verantwortung geprägten Kommunalpolitik, die sich am Prinzip der Nachhaltigkeit orientiert, größte Bedeutung zu.

Wir wissen, dass ökonomische, soziale und ökologische Entwicklungen nicht mehr weiter getrennt voneinander betrachtet werden dürfen. Schon gar nicht dürfen die jeweiligen Interessen gegeneinander ausgespielt werden.

Strategien für eine sozial gerechte und ökonomisch nachhaltige Entwicklung der Stadt als Lebensraum können sein:

- Vernetztes Denken und Handeln
- Schaffung lebendiger Stadtviertel durch die zunehmende Nutzung der Infrastruktur der Familienzentren
- Bildung von Anfang an durch die weitere Entwicklung von Eltern-Kind-Zentren und der zunehmenden zusätzlichen Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften
- Hilfe zur Selbsthilfe durch den Ausbau von Stützmaßnahmen für Benachteiligte
- Ausbau der Ganztagesangebots
- Zusätzliche Präventionsmaßnahmen für Senioren vor Vereinsamung und Armut durch eine größere Förderung der Beratungsstellen für Hilfen im Alter
- Schaffung von Arbeitsplätzen bei der Kommunalbehörde für weniger Qualifizierte
- Ausbau des *Bürgerschaftlichen Engagements* durch die Professionalisierung von Rekrutierungsmaßnahmen.

5

Konzentration auf das Wesentliche

Zwischenzeitlich besteht in unserer Stadt ein nahezu unüberschaubares Netz von Trägerorganisationen, die sich auf dem *Sozialen Markt* tummeln. Somit gehen aber auch finanzielle Ressourcen verloren, denn auch so genannte niedrigschwellige Maßnahmen mit geringem Finanzetat greifen den Gesamthaushalt unserer Stadt empfindlich an und führen dazu, dass für elementare Aufgaben zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Eine Verdichtung von originären Aufgabenstellungen auf ein überschaubares Maß an Trägern spart nicht nur Geld, sondern sichert auch mehr Effektivität.

Andere Städte, wie zum Beispiel Mannheim und Freiburg, haben diese Problematik erkannt und vergeben die sozialen Dienstleistungsaufgaben zunehmend in konzentrierter Weise an Trägerorganisationen, deren Identität eindeutig und deren Strukturen transparent sind.

Die Pluralität der Träger sehen wir dadurch nicht gefährdet.

6

Arbeitsplätze schaffen durch gute Bildung von Anfang an

Heute wissen wir, dass bereits mit der Geburt eines Kindes seine zukünftigen Perspektiven ziemlich sicher vorhergesagt werden können. Es darf nicht sein, dass zum Beispiel Kinder mit Migrationshintergrund wesentlich schlechtere Startchancen haben als andere Kinder. Dieser Teufelskreis muss unterbrochen werden. Wir können es uns nicht mehr leisten, Kinder in frühen Lebensjahren „abzuschreiben“, weil sie auffällig geworden sind, die Schule nicht abschließen können und nahezu zwangsläufig Gefahr laufen kriminell zu werden.

Die Zukunft auch in unserer Stadt liegt gerade in jenem Spannungsfeld von Sozialstaatsangebot, Rechtsorientierung und Zivilgesellschaft. Damit wir diesem Anspruch genügen können, bedarf es jetzt einer strategischen Planung.

7

Mehr Bürgernähe beweisen

Nachdem die Dienstleistung in den zurückliegenden Jahren einen permanenten Wandel unterworfen war, erwarten wir jetzt von der Stadtverwaltung Pforzheim, dass auch sie sich diesem Wandel nach mehr Bürgernähe durch Anpassung ihrer verwaltungsinternen Strukturen unterzieht.

So wie wir innerhalb der Stadtverwaltung Pforzheim effektiv und effizient arbeitende „Lotsen“ für ansiedlungswillige Unternehmer benötigen, muss zukünftig in der Pforzheimer Stadtinformation eine kompetente Erstauskunftsmöglichkeit für Ratsuchende angesiedelt sein.

Frühe Bildungsangebote, innovative Vorschulpädagogik, moderne Schulpolitik, vorbeugende Sozialpolitik für Kinder und Jugendliche, für alte- und behinderte Menschen sowie für Menschen mit Migrationshintergrund, sind heute untrennbar mit der Finanz- und Wirtschaftspolitik besonders auf der kommunalen Ebene verquickt.

Daher erwarten wir von dem neuen Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim, dass er die **Sozial- und Wirtschaftspolitik** zu seiner Chefsache macht.

Pforzheim, im Juli 2009

Caritasverband e.V. Pforzheim

Diakonisches Werk Pforzheim-Stadt

gez. Frank-Johannes Lemke
Vorstandsvorsitzender

gez. Pfarrer Wolfgang Stoll
Geschäftsführer